

Berlin, 11. Dezember 2023

## **Kunststoff-Granulat: GKV-Präsidentin weist Vorschlag der EU-Kommission zurück**

Die Präsidentin des Gesamtverbandes Kunststoffverarbeitende Industrie e.V. (GKV), Dr. Helen Fürst, äußerte sich zum EU-Verordnungsentwurf zur Verringerung der Umweltverschmutzung durch Mikroplastik wie folgt: „Kein Unternehmen unseres Industriezweigs hat ein Interesse am Verlust von Kunststoffgranulat. Viele Unternehmen der Kunststoff verarbeitenden Industrie haben in den vergangenen Jahren freiwillig im Rahmen der Verbände Maßnahmen ergriffen, um die unbeabsichtigte Freisetzung von Kunststoffgranulaten zu vermindern oder gänzlich zu unterbinden. Diese Maßnahmen zeigen erkennbar Wirkung. Wir zweifeln die Belastbarkeit der dem Verordnungsvorschlag der Europäischen Kommission zugrundeliegenden Daten an. Die Kunststoff verarbeitende Industrie ist von kleinen und mittelständischen Unternehmen geprägt, die die bestehende Bürokratiebelastung bereits jetzt nicht mehr schultern können. Für zusätzliche belastende Instrumente besteht in der aktuellen Wirtschaftskrise definitiv kein Spielraum.“

Die GKV-Präsidentin ermutigte die Europäische Kommission, sich auf die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft der Europäischen Union und relevante Umweltprobleme zu konzentrieren. „In Deutschland sind die Eintragungen von Mikroplastik in die aquatische und terrestrische Umwelt deutlich niedriger als in dem Verordnungsentwurf genannt. Die größte Eintragung findet bei der Logistik statt. Von Granulatverlusten der Kunststoff verarbeitenden Industrie geht aktuell keine erkennbare Umweltgefährdung aus. Für zusätzliches Mikromanagement und Bürokratie um ihrer selbst willen besteht in Zeiten der Rezession kein Spielraum“, so die GKV-Präsidentin.